

Hmong zurück in die Heimat

Derzeit leben etwa 8.000 Hmong, eine aus Laos stammende Minderheit, in thailändischen Flüchtlingslagern. Die meisten Flüchtlinge waren Soldaten, die vor den Kommunisten flohen oder hatten bis 1975 für die damalige pro-amerikanische Regierung gearbeitet. Die Zahl der illegalen Immigranten in Thailand liegt derzeit bei circa zwei Millionen. Laos hat sich grundsätzlich dazu bereit erklärt,

6.000 Hmong wieder aufzunehmen. Das Land knüpft allerdings eine Bedingung an die Rückführung der Familien. Nur, wenn die Familien beweisen können, dass sie aus Laos geflüchtet sind, dürfen die in den Camps nahe Petchabuns lebenden Menschen zurück in ihre Heimat. Thailändische Behörden nehmen an, dass die Rückführung bis zu einem Jahr dauern wird.

vgl. www.thaipage.ch 21.12.2006

Keine Investoren mehr?

Die am 9.1.2007 von der Regierung befürwortete Änderung des Foreign Business Act von 1999 wird nach Einschätzung von Analysten Ausländer von weiteren Investitionen in Thailand abhalten. Das gelte nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Immobilienbranche, glaubt ein führender Manager. Ausländer befürchten weitere Änderungen von Gesetzen, die ihnen noch den Immobilienkauf ermöglichen. Der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen 2006 um 50 Prozent auf sieben Milliarden US-Dollar ist auch auf die drastische Beschneidung von Rechten von Ausländern in den letzten Monaten zurückzuführen. So dürfen nach dem jüngsten Beschluss der Regierung Investoren und ausländische Gesellschaften künftig an thailändischen Unternehmen nur noch maximal 50

Prozent der Stimmrechte und maximal 49 Prozent der Geschäftsanteile halten. Die neue Regelung soll allerdings nur für Unternehmen gelten, die in Bereichen der nationalen Sicherheit operieren, über Bodenschätze verfügen oder die heimische Kultur maßgeblich beeinflussen. Die für ausländische Unternehmen in der Regel relevanten Geschäftsaktivitäten sind dagegen von der geplanten Neuregelung nicht betroffen. Fertigungsbetriebe unterliegen zum Beispiel nicht dem Foreign Business Act. Da die meisten ausländischen Unternehmen eine Außenhandelslizenz besitzen und damit als 100-prozentige ausländische Tochterunternehmen in Thailand operieren, wird sich de facto nicht viel verändern.

vgl. www.thaipage.ch 11.1.2007 ;
www.sanet.eu Januar 2007

Don Muang Flughafen wieder international

Spätestens im März 2007 soll der alte Flughafen Don Muang wieder für internationale Flüge geöffnet werden. Damit setzte sich die Regierung über die Vorschläge des Transportministeriums und des Flughafenbetreibers hinweg, die den 92 Jahre alten Flugplatz nur für Inlandsflüge nutzen wollten. Durch die Wiedereröffnung des Don Muang für internationalen Verkehr soll v.a. der am 28.09.2006 neu eröffnete Flughafen Suvarnabhumi unterstützt werden, der bereits seine Kapazi-

tätsgrenze erreicht hat. Zusammen sollen die beiden Flughäfen nun 83 Mio. Passagiere jährlich befördern. Die Entscheidung ist beim Internationalen Luftverkehrsverband (IATA) auf Kritik gestoßen, die vor allem am Abschied der Regierung von der »Single-Airport«-Politik Anstoß nimmt. Zum anderen befürchtet die IATA höhere Operationskosten für Bangkok anfliegende Gesellschaften und aufwändige Wege zwischen den Flughäfen für die Touristen.

vgl. www.thaipage.ch 7.2.2007

Deutliche Kritik an der Regierung Singapurs

Deutliche Kritik haben Thailands neue Machthaber an der Regierung Singapurs geübt, nachdem der stellvertretende Premierminister des Stadtstaats, Shunmugam Jayakumar, Mitte Januar 2007 den im letzten Jahr von den Militärs gestürzten Premier Thaksin zu Gesprächen empfangen hatte. Thaksin, dem in Thailand Verfahren wegen Korruption und Unterschlagung drohen, bereist seit einigen Wochen die Region und ist bereits in der Volksrepublik China, in Hongkong und in Indonesien mit hochrangigen Politikern zusammen getroffen.

Als Reaktion auf den Besuch des Stadtstaats hat das Militärregime in Thailand unter anderem eine Einladung des Außenministers Singapurs, George Yeo, sowie ein bereits vereinbartes Austauschprogramm für Staatsbeamte kurzfristig abgesagt und vor weiteren diplomatischen Schritten gewarnt. Das angespannte Verhältnis zwischen den beiden Ländern wird noch zusätzlich überschattet durch jüngste Vorwürfe der thailändischen Militärs, Singapur würde seine Position als Mehrheitseigner bei einem der größten Telekommunikationsunternehmen Thailands dazu missbrauchen, Telefonate auch von führenden Mitgliedern des neuen Regimes und anderer Militärs abzuhören. Der von Thailands Armeeführer, Sondhi Boonyaratkalin, vorgebrachte Spionagevorwurf markiert eine neue Qualität in den seit Monaten andauernden Auseinandersetzungen um den umstrittenen Verkauf der Shin Corp. an Singapurs Staatsholding Temasek.

vgl. AP, Bangkok, 17.1.2007 ;24.1.2007

nachrichten

Überwachungskameras

Bangkoks Stadtverwaltung will in die Sicherheit der Metropole investieren. Zum einen sollen deshalb in den kommenden Monaten 2007 an neuralgischen Punkten der Stadt insgesamt 540 Überwachungskameras installiert werden. Zum anderen hat Bangkoks Gouverneur Apirak Kosayothin eine Aufstockung des Sicherheitspersonals an den großen und von Touristen aufgesuchten Märkten angeordnet. Insbesondere gilt dies für den Chatuchak- Wochenend-Markt im Norden der Stadt. Das dortige Personal von 180 Mitarbeitern soll um weitere 100 Soldaten in Zivil verstärkt werden..

vgl. www.thaipage.ch 9.1.2007

Thai-Film fördert Burma-Tourismus

Ein im Januar 2007 in die thailändischen Kinos gekommener Film über das Leben des Königs Naresuan hat die Kinos des Landes gefüllt und zahlreiche Thais motiviert, ins Nachbarland Burma zu reisen. Die Zahl der Reisenden aus Thailand stieg um 80 Prozent. Ziel der Reisen sind Plätze in Pegu, an denen sich der thailändische Prinz am Hofe des burmanischen Königs Bayinnaung aufgehalten hatte. Nach seiner Rückkehr befreite er Ayutthaya von der burmanischen Vorherrschaft und regierte zwischen 1590 und 1605 als König Ayutthayas. Die Zahl thailändischer Touristen war schon in den letzten Jahren angestiegen. 2005 kamen nach offiziellen Angaben der Behörden Myanmars 16.647 Thais ins Land, 2006 waren es 19.747. Insgesamt wurden 2006 mehr als 600.000 Touristen erwartet, Tagesbesucher eingeschlossen, die einen Trip über die thailändisch-burmanischen Grenzen machen.

vgl.: Irrawaddy 07.02.2007

Bomben zu Silvester

Am 31.12.2006 wurde Thailands Hauptstadt Bangkok von sechs Bombenanschlägen erschüttert. Bei den Detonationen während der Vorbereitungen zum Silvesterfest wurden zwei Menschen getötet und mindestens 34 weitere, darunter auch sechs Ausländer, zum Teil schwer verletzt. Die Sprengsätze explodierten zwischen 17.30 Uhr und 19.00 Uhr an verschiedenen Orten der Stadt. Es wurden zwei Polizeiwachen zerstört, eine davon im Stadtteil Saphan Kwai. Die zweite Bombe explodierte in der Nähe des wohl bekanntesten Shopping-Centers von Bangkok, dem Central World (ehemals World Trade Center). Weitere An-

schläge trafen die Sukhumvit Road, das Elendsviertel Klong Toey und das Victory Monument. Aus Angst vor weiteren Anschlägen wurden Straßensperren in ganz Bangkok errichtet. Die Bevölkerung wurde gebeten, öffentliche Plätze zu meiden. Die Silvesterfeierlichkeiten wurden sowohl in Bangkok als auch in Chiang Mai abgesagt. Die Behörden ermitteln in zwei verschiedene Richtungen. Zum einen werden muslimische Terroristen und zum anderen Anhänger des früheren Regierungschefs Thaksin Shinawatra hinter den Anschlägen vermutet.

vgl. www.thaipage.ch 1.1.2007

»Thais lieben Thais« vor der Auflösung

Nach dem Sturz des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra Ende September 2006 steht nun auch die von ihm Ende der 1990er Jahre gegründete Partei Thai Rak Thai (Thais lieben Thais) endgültig vor der Auflösung. Der Partei bleiben nur noch etwa 200 Mitglieder ohne Führung, nachdem der stellvertretende Parteivorsitzende Suwat Liptapanlop am 9.1.2007 mit 29 ehemaligen Parteimitgliedern die Thai Rak Thai (TRT) verlassen hatte. Politische Beobachter vermuten, dass die meisten der verbleibenden Frauen und Männer ihrer Partei den Rücken zukehren werden. Die frühere Regierungspartei muss sich zurzeit ebenso wie die Demokratische

Partei vor dem Verfassungsgericht verantworten. Der Vorwurf der Justiz an die beiden Parteien beinhaltet Verstöße gegen das Wahlgesetz. Speziell die TRT soll zwei kleinere Parteien bestochen haben. Deren Kandidaten sollten sich bei der umstrittenen und annullierten Parlamentswahl vom April 2006 als Mitbewerber in diversen Wahlkreisen aufstellen lassen. Bei einem Schuldspruch durch das Verfassungsgericht droht beiden Parteien die Auflösung. Außerdem könnten die führenden Parteimitglieder fünf Jahre lang kein politisches Amt bekleiden.

vgl. www.thaipage.ch 12.2.2007 ;

www.taz.de 29.1.2007